Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1359 Girokonto Riesa Nr. 52.

№ 12. Sonnabend, 15. Januar 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Versuch der Bildung einer deutschen Mehrheitsregierung gescheitert.

Absage des Zentrums an Dr. Curtius.

)(Berlin, 14. Januar. (Amtlich.) **Reichsminister Dr. Curtius berichtete heute abend dem Herrn Reichspräsidenten über die durch das Schreiben des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion an ihn geschaffene Lage und erklärte, daß damit sein Versuch der Bildung einer Mehrheitsregierung unter Zuziehung der Deutschnationalen gescheitert sei. Der Herr Reichspräsident behielt sich seine weitere Entschließung noch vor.**

•

Die Entscheidung des Zentrums.

* Berlin, 14. Januar. **Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute nachmittag nach kaum einstündiger Sitzung als Niederschlag der Beratungen der Fraktion folgendes Schreiben an Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gerichtet:**

Sehr verehrter Herr Minister!

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Januar dieses Jahres. Dasselbe ist Gegenstand eingehender Würdigung gewesen. Aus diesem Schreiben haben wir ersehen, daß Sie, Herr Minister, lediglich die Aufgabe übernommen haben, sachliche Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung einer Koalition zu führen. Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unterliegt die von Ihnen beabsichtigte Regierungsbildung für uns nach wie vor den schweren Bedenken, die Ihnen von unseren Beauftragten und auch namens unseres Herrn Parteivorsitzenden Dr. Marx dem Herrn Reichsaußenminister Stresemann dargelegt worden ist. Wir halten den Versuch der Bildung einer Regierung der Mitte nach Lage der Dinge für den gegebenen Weg zur Beilegung der Krise. Wir können uns daher von einer Fortführung Ihrer Verhandlungen auf der Grundlage Ihres Schreibens vom 14. Januar keinen Erfolg versprechen. Ein Eingehen auf die in diesem Schreiben mitgeteilten Richtlinien dürfte sich demnach erübrigen.

Unterzeichnet ist dieser Brief von Herrn von Guerard als stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages.

•

Der Brief des Dr. Curtius an das Zentrum.

)(Berlin, 14. Januar. **Wie WTB. aus dem Reichstage erfährt, ist der wesentliche Inhalt des Briefs, den Dr. Curtius an Dr. v. Guerard geschrieben hat und auf den sich dieser in seiner inzwischen veröffentlichten Antwort bezieht, folgender:**

Dr. Curtius skizziert auf der Grundlage der Verhandlungen mit den Vertretern der Zentrumsfraktion auf der einen und der Deutschnationalen Volkspartei auf der andern Seite für diejenigen Fragen, die den Hauptgegenstand dieser Besprechungen bildeten, Richtlinien für ein Koalitionsregierungsprogramm. Er drückt die Annahme aus, daß die Deutschnationale Volkspartei diese Richtlinien als eine geeignete Grundlage für Verhandlungen über ein vollständiges Programm akzeptieren werde und bittet die Zentrumsfraktion, zu erklären, ob sie bereit sei, diese Grundlage für weitere Verhandlungen anzunehmen. Schließlich erklärt Dr. Curtius zur Beseitigung eines Mißverständnisses, er habe zunächst nur die Aufgabe übernommen, sachliche Verhandlungen zum Zwecke der Bildung einer Koalition zu führen. Nach seiner Auffassung dürfe bei sachlicher Einigung das Zustandekommen der geplanten neuen Regierung nicht an der Frage der Führung scheitern. Das habe er dem Reichspräsidenten gegenüber auch bereits vor der Entgegennahme des Auftrages wiederholt betont.

•

Nach dem Scheitern von Dr. Curtius.

* Berlin, 15. Januar. **Da der Reichspräsident Herrn Dr. Curtius erklärt hat, sich seine Entschließungen über die weitere Behandlung der Regierungsbildung vorbehalten zu wollen, so wird in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß neue Verhandlungen heute bereits in Gang gebracht werden. Der Reichspräsident wird im Laufe des heutigen Sonnabends verschiedene Parlamentarier, darunter Herrn von Guerard, empfangen, um sich mit ihnen über die Möglichkeiten weiterer Verhandlungen zu unterhalten. In parlamentarischen Kreisen schließt man aus der Tatsache, daß Dr. Curtius dem Reichspräsidenten bisher seinen Auftrag noch nicht zurückgegeben hat, daß die Verhandlungen auch heute von Dr. Curtius weitergeführt werden, um nunmehr eine Regierung auf mittlerer Basis zu bilden, die sich im wesentlichen auf die Deutsche Volkspartei, Bayrische Volkspartei, Zentrum, Demokraten und wohl auch auf die Wirtschaftspartei stützen würde. Dieses so gebildete Kabinett würde dann vor den Reichstag treten, um sich für sein Arbeitsprogramm ein Vertrauensvotum zu erbitten. Da dieses Arbeitsprogramm in erster Linie außenpolitische und soziale Fragen umfassen wird, rechnet man in Kreisen der Mittelparteien damit, ein Vertrauensvotum für das Kabinett zu erhalten.**

)(Berlin. **Wie WTB. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, ist der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei für Montag vormittag zu einer Sitzung zusammenberufen worden, in der er zu der neuentstandenen Lage Stellung nehmen wird. Im Reichstage verlautet, nach Auffassung der Deutschen Volkspartei und nach dem Abschluß der ersten Phase der Verhandlungen über die Regierungsbildung komme die große Koalition oder eine Koalition der Mitte mit Bindung nach links nicht in Frage.**

)(Berlin. **In parlamentarischen Kreisen nimmt man, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, an, daß sich der Reichspräsident im Laufe des heutigen Tages darüber entscheiden wird, ob er nun eine andere Persönlichkeit an Stelle von Dr. Curtius mit Verhandlungen über die Regierungsbildung betrauen soll.**

Die Wirtschaftliche Vereinigung ist für Montag zu einer Fraktionssitzung berufen worden.

Das Zentrum wird erst am Dienstag eine neue Fraktionssitzung abhalten.

•

Die Berliner Presse zur Frage der Regierungsbildung.

)(Berlin. **Die Entscheidung liegt nun beim Reichspräsidenten** — das ist das gemeinsame an den Kommentaren der Blätter zur gestrigen Entwicklung. Daß die Mission Dr. Curtius', was seine Person angeht, als erledigt gelten kann, wird in fast allen Blättern zugegeben, während der Erfolg seiner Bemühungen in sachlicher Beziehung verschieden beurteilt wird.

Die **„Deutsche Tageszig."** schreibt, der Auftrag des Reichspräsidenten an Dr. Curtius, eine sachliche Bindung zwischen der Rechten und der Mitte herbeizuführen, sei nicht gescheitert. Die Deutschnationalen hätten niemals ihre Bereitschaft zur Mitarbeit nach sachlicher Einigung verweigert; sie würden es auch unter anderer Führung nicht tun, wenn die Basis die gleiche bleibe. — Der **„Berl. Lokalanz."**, der die Betrauung eines Zentrumsmanns für wahrscheinlich hält, nennt die Namen Stegerwald, Dr. Brauns und v. Guerard. — Die **„Tägl. Rundschau"** glaubt, über die Haltung der Deutschen Volkspartei sagen zu können: Man kann sicher sein, daß der am Montag zusammentretende Fraktionsvorstand den Gedanken der großen Koalition ablehnen wird wie den Gedanken einer Koalition der Mitte mit Bindung nach links. Sollte im weitern Verlauf der Ereignisse das Bestreben zutage treten, die Entwicklung nach dieser Richtung zu drängen, so würde die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ihr sicher Widerstand leisten. — Die **„Germania"** kommentiert den Brief des Fraktionsvorstandes des Zentrums, in dem ein Kabinett der Mitte als das erstrebenswerte bezeichnet wird, dahin, daß sich ein solches Kabinett, das eine Minderheitsregierung sein würde, nur an die Sozialdemokraten anlehnen könnte, da die Deutschnationalen mehrfach geäußert hätten, sie würden ein Mittelkabinett nicht tolerieren. — Die **demokratischen Blätter** halten es für das Gegebene, daß ein Mitglied der Zentrumspartei mit der Bildung des Kabinetts beauftragt wird, das nur ein Minderheitskabinett mit Anlehnung nach links sein könne. — Der **„Vorwärts"** äußert sich: Selbst wenn sich die Sozialdemokratie zur Unterstützung eines solchen Kabinetts entschließen könnte, müßte sie diesen Entschluß von der Zusammensetzung des Kabinetts und von seinem Programm abhängig machen.

•

Noch keine Entscheidung des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) **Reichspräsident von Hindenburg hat sich, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger hört, noch nicht darüber entschieden, ob er noch einmal Dr. Curtius oder ob er eine andere Persönlichkeit damit beauftragt, Verhandlungen über die Neubildung der Regierung zu führen.**

Der Reichspräsident empfing heute vormittag um 10½ Uhr als ersten Parteiführer den stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, von Guerard. Aus diesem Grunde vertagte der Hauptausschuß des Reichstages, in dem Abgeordneter von Guerard ein wichtiges Referat halten sollte, den Beginn seiner Sitzung um eine Stunde.

Vor dem Abgeordneten Guerard hatte der Reichspräsident noch den Abgeordneten Graf von Westarp von den Deutschnationalen zu einer kurzen Besprechung empfangen.

•

Curtius' Mission erledigt?

Berlin. (Funkspruch.) **Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, hält man die Mission des Ministers Curtius für endgültig erledigt und rechnet damit, daß der Reichspräsident eine andere Persönlichkeit, wahrscheinlich einen Zentrumsmann, mit weiteren Verhandlungen über die Regierungsbildung betrauen wird. In deutschnationalen Kreisen geht, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger weiter hört, die Stimmung dahin, daß man sich mit der Bildung einer Minderheitsregierung der Mitte nicht begnügen könne und einem solchen Kabinett seine Unterstützung nicht leihen könne. Eine rasche Lösung der Krise erscheint zweifelhaft, da die Zentrumsfraktion des Reichstages erst am Dienstag wieder zusammentreten wird und auch ein Teil der Parteiführer, zum Beispiel der Abg. Hergt, der in den parlamentarischen Kombinationen zur Regierungsbildung eine Rolle spielt, über Sonntag Berlin verlassen hat.**

Berlin. (Funkspruch.) **Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Führer der Zentrumsfraktion, von Guerard, den Vorsitzenden der Deutschnationalen, Grafen Westarp, sowie den Reichsarbeitsminister Dr. Brauß zur Besprechung über die politische Lage.**

Heute nachmittag 5.30 Uhr wird der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Marx empfangen.

Stresemann und Briand.

au. Die ausländische Presse greift die Meldungen von der zweideutigen Haltung Dr. Stresemanns bei den jetzigen Regierungsverhandlungen auf und benutzt sie ebenfalls zu einer Behauptung, daß Dr. Stresemann damit die Politik von Locarno gefährde. Der Reichsaußenminister hat sich schon im Dezember bei dem Ausbruch des parlamentarischen Konflikts zwischen Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei vollkommen im Hintergrund gehalten, da die schwierigen Aufgaben in der Außenpolitik seine Kräfte ganz in Anspruch nahmen. Er hatte dann allerdings seine Auslandsreise auch aus innerpolitischen Gründen aufgegeben, da die Lösung der Kabinettskrise in einer Weise hätte erfolgen können, die sofortige Maßnahmen von seiten des Reichsaußenministers notwendig gemacht hätten. Aber auch im weiteren Verlauf der Regierungskrise und der Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinettes hat Dr. Stresemann aktiv nicht eingegriffen, sondern die Arbeit der Deutschen Volkspartei seinen Fraktionskollegen überlassen. Erst die Anfragen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten über eine ungünstige Beeinflussung der außenpolitischen Erörterungen im Falle eines Eintrittes der Deutschnationalen in das Reichskabinett nicht teile, war Dr. Stresemann gezwungen, aus seiner selbstgewählten Reserve herauszutreten. Er hat das nur ungern getan, weil er jede offizielle Aeußerung über den Einfluß der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland auf die Gestaltung der Beziehungen zu dem Auslande vermeiden will. Im übrigen ist den deutschen Parteien der Standpunkt des Reichsaußenministers in dieser Hinsicht genügend durch die Erhaltung seiner außenpolitischen Linie bekannt. Insbesondere hat Dr. Stresemann großen Wert auf die Mitarbeit der Sozialdemokraten bei allen außenpolitischen Fragen gelegt und auch der innerpolitischen Zusammenarbeit der Mittelparteien mit den Sozialdemokraten das Wort geredet. Es sind also jedenfalls keine Gründe einer zweideutigen Haltung des Reichsaußenministers, die ihn veranlaßten, sich möglichst vom Schauplatz der Beratungen der Parteien fernzuhalten.

Ganz anders liegt der Fall beim französischen Außenminister Briand. Während Dr. Stresemann bis auf den heutigen Tag an der Linie von Locarno und Thoiry festgehalten hat, um das Verständigungswerk mit Frankreich zu einem guten Ende zu führen, ist es Briand trotz seines Vorstoßes gegen Poincaré und dessen Politik nicht gelungen, eine Mehrheit im Kabinett zu erlangen. Er ist von seinem kurzen Erholungsurlaub, den er zu Neujahr antrat, vorzeitig nach Paris zurückgekehrt, aber nur mit Poincaré ein lahmes Kompromiß abzuschließen. Hier muß sich durchaus die Frage erheben, ob es Briand mit der Erfüllungspolitik und mit der Einhaltung der politischen Versprechungen gegenüber Deutschland ernst ist. Er hat zur Beruhigung der radikalen Rechtskreise in Frankreich zwar ausdrücklich betont, daß er Dr. Stresemann, welcher in Genf noch bei den diplomatischen Verhandlungen irgendwelche Versprechungen auf eine frühzeitige Räumung der besetzten Gebiete gemacht habe. Eine solche Behauptung ist auch von deutscher Seite nie aufgestellt worden. Hingegen hielt man es nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch bei den politischen Parteien, die im Parlament f. d. Verständigungspolitik mit Frankreich sich eingesetzt hatten, für eine Selbstverständlichkeit, daß Briand nach dem Abschluß des Locarnovertrages darauf dringen würde, daß die Rückwirkungen, zu denen auch eine Aenderung des Besatzungsregimes im Westen gehört, tatsächlich erfolgen. Eine indirekte Verpflichtung liegt also doch bei Briand, bald in Räumungsverhandlungen mit Deutschland einzutreten, die eine Beruhigung in den besetzten Gebieten und eine durchgreifende Aenderung des Besatzungsregimes bei der aggressiven Haltung des französischen Militärs nur durch die Zurückziehung der Truppen, erreicht werden kann. Die Absicht des französischen Kabinetts, mit dem Briand sich jetzt solidarisch erklärt hat, jede Entscheidung hinsichtlich des Verhältnisses zu Deutschland solange hinauszuschieben, bis die Zusammensetzung des neuen Reichskabinetts bekannt ist, wird in Berlin nur so aufgefaßt, daß man in Paris Zeit gewinnen und den Versuch machen will, die Räumungsverhandlungen auf möglichst lange Zeit zu verschleppen.